

# Leipziger Tageblatt

und  
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N<sup>o</sup> 27.

Donnerstag den 27. Januar.

1870.

## Bekanntmachung.

Der Zuschlag der am 9. December v. J. im Licitationswege verpachteten städtischen Wiesen ist an die Höchstbieter im Termine erfolgt und werden denselben die auszufertigenden Pachtverträge demnächst zur Vollziehung vorgelegt werden.

Die übrigen Bieter werden in Gemäßheit der Licitationsbedingungen ihrer Gebote hiermit entlassen.

Leipzig, den 24. Januar 1870.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. E. Stephani.

Gerutti.

## Bekanntmachung.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten Januar, Februar, März und April 1869 versetzten oder erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit, noch bis jetzt eingelöst wurden, sollen den 1. März d. J. im Parterre-Local des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten versetzten Pfänder spätestens den 4. Februar d. J. und nur unter Mitentrichtung der Auktionskosten an 12 Pfennigen von jedem Thaler des Darlehns eingelöst oder nach Befinden erneuert werden.

Vom 5. Februar d. J. an, an welchem Tage der Auktions-Katalog geschlossen wird, kann die Einlösung derselben nur unter Mitentrichtung der Auktionskosten an 12 Pfennigen von jedem Thaler der ganzen Forderung des Leihhauses stattfinden und zwar nur bis 24. Februar a. e., von welchem Tage ab Auktions-Pfänder unwiderruflich weder eingelöst, noch prolongirt werden können.

Es hat also vom 25. Februar d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu verlangen und können sie daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erstehens wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des EinlöSENS und VersetzENS anderer Pfänder während der Auktion in den gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.

Leipzig, den 21. Januar 1870.

Die Deputation des Leihhauses.

## Landtag.

Dresden, 25. Januar. Zweite Kammer. Auf der Registrande befindet sich u. A. ein Antrag des Abg. Schuur, den Casernenbau zu Leipzig betreffend.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Nachbericht der zweiten Deputation über Abtheilung A und B des Aufgabebudgets und einige damit im Zusammenhang stehende Gegenstände, insbesondere den Antrag des Abg. Krause wegen Herstellung eines Kunstgewerbemuseums u. s. w. betreffend.

Die Kammer genehmigt die Anträge der Deputation und beschließt, den letzteren Antrag der Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben.

Es wird hierauf in die Specialdebatte über die Eisenbahnvorlage eingetreten.

Bei Pos. 1, Südläusiger Bahn, dankt Abg. Israel der Staatsregierung dafür, daß diese für den betreffenden Landestheil so wichtige Bahnverbindung endlich mit Energie gefördert werden solle.

Abg. Dr. Pfeiffer wird seiner durch die lange Verschleppung entstandenen Befürchtung sich erst dann gänzlich entäußern, wenn die Staatsregierung die bestimmte Erklärung abgibt, daß sie die kurze Strecke von Großschönau nach Warnsdorf so bald wie möglich herzustellen gedenke.

Staatsminister v. Friesen: Nachdem der betreffende Staatsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen und die Unterhandlungen mit der Böhmischen Nordbahn ihrer Beendigung entgegengehen, sei die Regierung in die Lage versetzt, mit dem Bau der genannten Strecke im Laufe dieses Sommers vorgehen zu können.

Nach einer Bemerkung des Abg. Riedel genehmigt die Kammer Pos. 1.

Bei Pos. 2, Chemnitz-Leipziger Bahn, verwendet sich Abg. Dr. Hahn für die Beibehaltung der dormalen beschlossenen Bahnhofsanlage zu Burgstädt, gegen welche mehrere Petitionen vorliegen.

Abg. Knechtel beantragt: die Staatsregierung möge den Bau der Chemnitz-Leipziger Bahn mit allen Kräften fördern und den Betrieb auf den einzelnen fertig gestellten Strecken ohne Rücksicht auf die gänzliche Vollenbung der Gesamttlinie eröffnen.

Abg. Bornitz kritisiert in scharfer Weise das Verhalten der Staatsregierung in Betreff der Burgstädter Bahnhofsanlage, welche er vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als verfehlt bezeichnet.

Staatsminister v. Friesen: Es komme bei jeder Bahnstrecke vor, daß sie den Interessen eines Theils der Bevölkerung entspreche, während das mit dem Interesse des anderen Theils nicht oder weniger der Fall sei. So verhalte es sich auch mit Burgstädt; die genauesten Erörterungen hätten ergeben, daß die beschlossene Anlegung des dasigen Bahnhofs von der größern Zahl der Ein- und Umwohnerschaft gebilligt werde.

Abg. Dr. Hahn beantragt, die Petition des Stadtrathes zu Kohren, die Errichtung einer Eisenbahnstation Roda speciell für Kohren und Umgegend betreffend, der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Heine fragt die Deputation, ob sie Einsicht genommen von den Kostenvergleichen zwischen der für die Chemnitz-Leipziger Bahn gewählten und der in Wahrheit directen Linie?

Referent Gule bemerkt, daß nach Lage der Sache für die Deputation keine Veranlassung dazu vorgelegen habe.

Pos. 2 wird darauf sammt den Anträgen der Abgg. Hahn und Knechtel genehmigt.

Bei Pos. 4, Plauen-Delsnitz, liegt eine Petition der Städte Treuen, Auerbach, Falkenstein und Delsnitz vor, welche die Legung eines doppelten Geleises auf der Route Herlasgrün-Delsnitz verlangt und die Ausführung des Baues Plauen-Delsnitz nicht wünscht.

Dieser Petition entsprechend hat der Referent Gule ein Separatvotum der Kammer vorgelegt.

Abg. Klemm dagegen beantragt, diese Petition auf Grund der Landtagsordnung, da sie Beleidigungen gegen die Stadt Plauen und eine Menge unerwiesener Behauptungen enthalte, für unzulässig zu erklären.

Referent Gule rügt, daß Klemm nur einzelne Sätze aus der Petition der Kammer vorgelesen, wodurch sich unmöglich ein klares Bild von dem Inhalt derselben ergeben könne, und liest die ganze Petition vor.

Staatsminister v. Friesen kommt zunächst auf die Verhandlungen über die vorliegende Frage, welche beim letzten Landtag gepflogen wurden, zurück und ersucht die Kammer bei dem früheren Beschlusse, Plauen und Delsnitz durch eine Staatsbahn zu verbinden, stehen zu bleiben. Es sei hier zwischen zwei größeren Staatsbahnen in der That eine Lücke vorhanden. Was die Legung eines doppelten Geleises auf der Strecke Herlasgrün-Delsnitz betreffe, so erheische diese Frage wegen der hohen Kosten eine sehr eingehende Erwägung und wünsche die Regierung, daß ihr der Antrag nur zur Kenntnisaufnahme übergeben werde.